

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 13. November 1926

Nummer 90

### Tagung der Berufsfachlehrer im Buchdruckgewerbe

Der Widerhall, den die im Herbst 1925 in Leipzig abgehaltene Tagung der Berufsfachschullehrer im Buchdruckgewerbe fand, bewies, daß die deutsche Buchdruckerfachwelt die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses auch in den Fachschulen aufmerksam verfolgt. Die Durchführung der dort gefaßten Beschlüsse wurde einem Ausschuß, der aus Vertretern der Schule und des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker zusammengesetzt war, übertragen. Auf Einladung des Vorstandes des Bildungsverbandes fand sich am 6. und 7. November 1926 in Berlin dieser Ausschuß zu einer Sitzung ein, zu der außer den Ausschußmitgliedern die vier Hauptreferenten der Leipziger Tagung und einige Vertreter der Berliner und Potsdamer Berufsschule hinzugezogen wurden, und zwar nahmen teil: Dr. Hauschild (Leipzig), Kupfer (Leipzig), Dreßler (Berlin), Grams (Berlin), Rawiel (Berlin) als Ausschußmitglieder; Adam (Hamburg), Hammes (München), Fißcher (Münster), Köpplen (München) als Referenten; Frenner (Potsdam), Müller (Berlin), Rahr (Berlin), Renner (Berlin), Klotz (Berlin), Schulze (Berlin) als Vertreter der öffentlichen Berufsschulen.

Die Sitzung befaßte sich mit den Hauptforderungen der vorjährigen Tagung, dem Einheitslehrplan für Buchdrucker-Fachschulen und -Klassen, der Beschaffung einheitlicher Lehrmittel für Fachschulen, der Einrichtung von Bezirks-Büchereifachschulen, der Eignungsprüfung im Buchdruckgewerbe und dem Zusammenfluß der an Buchdrucker-Fachschulen unterrichtenden Fachlehrer.

Referenten zu den einzelnen Themen waren nicht gestellt. In allgemeiner Aussprache wurde zunächst über den Einheitslehrplan beraten. Es zeigte sich jedoch bald, daß der Einführung eines Einheitslehrplans für das Buchdruckerfachschulwesen große Schwierigkeiten entgegenstünden. Wenn man auch einmütig der Meinung war, daß als Grundlage nur die von den wirtschaftlichen Organisationen geschaffene Lehrlingsordnung zu gelten habe, so ergab sich doch, daß die dort niedergelegten Bestimmungen nicht ohne weiteres auf die Schule übertragen werden können. Die Schule kann nicht einseitige Berufsausbildung pflegen, sondern sie muß allen Zweigen des Gewerbes gerecht werden; sie soll auch nicht die Meisterlehre ersetzen, sondern sie nur ergänzen. Die der Sitzung vorliegenden Lehrpläne der maßgebendsten deutschen Buchdruckerfachschulen zeigten einen wesentlichen Unterschied, der durch die örtlichen Verhältnisse und durch die gesetzlichen Bestimmungen der Länder bedingt ist. In einem mehrstündigen Meinungsaustausch, bei dem die Behandlung des Realien- und Fachunterrichts von Bedeutung war, konnte keine Klärung erzielt werden. Es wurden deshalb zwei Ausschüsse gewählt, je einer für Seher und Drucker, die die bestehenden Schwierigkeiten überbrücken sollten.

In der andern Tags wieder aufgenommenen allgemeinen Beratung waren noch mancherlei Bedenken gegen die Veröffentlichung eines Einheitslehrplans vorhanden. Diese sollen jedoch durch schriftliche Verständigung behoben werden, so daß bis Anfang nächsten Jahres der Einheitslehrplan fertiggestellt ist. Das Ergebnis der Beratungen über diesen Punkt ist zusammenfassend folgendes: Die Einheitlichkeit der Lehrpläne bedeutet nicht ihre Schematisierung. Sie müssen vielmehr den örtlichen Verhältnissen und den Möglichkeiten des Lehrenden angepaßt werden. Sie sollen nur Richtung und Ziel andeuten und ein Hilfsmittel für neu zu errichtende oder ausbaubedürftige Fach- und Lehrlingschulen des Buchdruckgewerbes sein.

Abereinstimmung wurde über die zu erteilende Stundenzahl erzielt und als Willensausdruck folgendes festgesetzt: „Die Zahl der an Berufs- und Lehrlingschulen zu erteilenden Unterrichtsstunden beträgt während der vierjährigen Lehrzeit wöchentlich mindestens sechs Stunden. Diese Zahl ist an den Schulen, wo nur eine dreijährige Fortbildungsschulpflicht besteht, zu erhöhen, so daß die Stundenzahl die gleiche ist wie bei den Schulen mit vierjähriger Schulpflicht. In den Schulen mit dreijähriger Schulpflicht ist Vorlesung zur Erteilung von freiwilligem Unterricht für das vierte Lehrjahr zu treffen. An Schulen, wo bereits mehr als acht Pflichtstunden vorgelesen sind, ist

die höhere Stundenzahl auch ferner beizubehalten. Mindestens die Hälfte der Pflichtstunden muß für den Fachunterricht verwendet werden.“ Besonderes Gewicht legten die Teilnehmer auf die Erteilung des deutschen Unterrichts, der die Grundlage des Seherberufs ist.

Die Beschaffung einheitlicher Lehrmittel für Fachschulen wurde als sehr wünschenswert bezeichnet, da die jetzt zur Verfügung stehenden nicht den Sonderansprüchen des Berufs entsprechen. Insbesondere trifft das zu auf die Herausgabe einheitlicher Lehrbücher für den Realienunterricht, wie Rechnen, Deutsch, fremde Sprachen usw. In diesen Lehrbüchern müssen mehr als bisher die beruflichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Anerkannt wurden die bisher im Verlage des Bildungsverbandes erschienenen Fachbücher, deren Zahl und Ausbau noch vermehrt werden müßte.

Das Verlangen nach Einrichtung von Bezirks-Buchdruckerfachschulen ist aus der Not der mittleren und kleineren Schulen entstanden, die infolge der geringen Zahl von Schülern aus dem Buchdruckgewerbe besondere graphische Fachklassen nicht einrichten können. Auf allen Tagungen, die sich mit der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses beschäftigten, wurde immer und immer wieder die Forderung nach Errichtung von Berufsfachschulen für benachbarte und leicht erreichbare Druckorte aufgestellt. Auch die Konferenz schloß sich dieser Forderung an, indem sie in einer Entschließung an das Preussische Handelsministerium für die Errichtung von Berufsschulzweckverbänden eintrat. Es darf erwartet werden, daß die zuständigen Behörden die Entschließung berücksichtigen.

Bei Besprechung der Eignungsprüfung im Buchdruckgewerbe kam zum Ausdruck, daß hier zwischen der allgemeinen Eignungsprüfung und der gewerblichen Befähigungsprüfung zu unterscheiden sei. Während jene den Berufsberatungsämtern oder ähnlichen staatlichen Einrichtungen obliegt, ist die gewerbliche Befähigungsprüfung Sache der wirtschaftlichen Organisationen, die aus Zweckmäßigkeitsgründen diese der Schule übertragen sollten. Allgemein wurde Klage geführt über den Mangel an Elementarkenntnissen der aus der Volksschule entlassenen Schüler. Namentlich trifft dies auf die Deutschkenntnisse zu. Die von der Schule erteilten Zeugnisse weisen sich oft als nicht zutreffend und sind deshalb unzuverlässig. Auf alle Fälle müßte deshalb der Einstellung des Lehrlings eine Prüfung durch Gewerbeangehörige vorausgehen; auch soll auf die in der Lehrlingsordnung vorgezeichnete Zwischenprüfung nicht verzichtet werden.

Der Zusammenfluß der an Buchdruckerfachschulen unterrichtenden Fachlehrer ist eine alte Forderung der beruflichen Fortbildung fördernden Kreise. Die bisherigen Verhandlungen auf den Fachschulreferatagen sowie auf den Konferenzen des Bildungsverbandes haben sich für den Zusammenfluß entschieden; auch auf dieser Tagung war man ausnahmslos derselben Meinung. In einem engeren Ausschuß sollen durch gegenseitige Verständigung die Richtlinien für den Zusammenfluß ausgearbeitet und dieser dann bis zum Jahreshluß herbeigeführt werden.

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht, die wiederum Zeugnis ablegte von dem Willen der Teilnehmer, an der gewerblichen und beruflichen Erziehung mitzuwirken. R.

### Wirtschaftskrise und Lohnpolitik

Nach der kapitalistischen Wirtschaftsauffassung gibt die menschliche Arbeitskraft lediglich als Ware. Der kapitalistische Unternehmer betrachtet es deshalb auch als selbstverständlich, daß sie den gleichen Bedingungen unterliegt wie alle andern Waren, insbesondere ihr Preis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Lohnherabsetzungen in direkter wie indirekter Form waren deshalb früher bei Verschlechterungen der Konjunktur, sinkendem Absatz oder dem Eintritt einer Krise etwas ganz Gewöhnliches. Da wurde der Arbeiter nicht erst gefragt. Das vertrat sich mit der Selbstherrlichkeit des Unternehmers nicht. Für die Arbeiter gab es nur ein Diktat, und sie mußten sich fügen, weil sie entweder nicht oder schlecht organisiert waren, torische Lohnverbindungen unbekannt waren, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit sowie eine Erwerbslosenfürsorge nicht bestand und so der Druck der auf jeden Preis nach Beschäftigung drängenden Erwerbslosen jeden ernstlichen

Widerstand verhinderten. Damit war die Lebenshaltung des Arbeiters ständigen Schwankungen unterworfen. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges gingen die Löhne zwar in die Höhe, um aber sofort mit der zurückgehenden Konjunktur wieder zu sinken und nur zu oft selbst unter das notwendige Existenzminimum. Unter diesem fortgesetzten Auf und Ab vermochte sich die Lebenshaltung der Arbeiter nie wesentlich über die Hungergrenze zu erheben und eine soziale und kulturelle Hebung der Arbeiter als Klasse erschien ausgeschlossen.

Diese Verhältnisse haben durch das Entstehen und die Ausbreitung der modernen Arbeiterbewegung, insbesondere aber durch die Entwicklung der Gewerkschaften eine bedeutende Änderung erfahren. Die Arbeiter sind nicht mehr in dem früheren Umfange der Willkür des Unternehmers unterworfen. Durch die von den Gewerkschaften selbst geschaffenen, teils erkämpften sozialen Einrichtungen, als auch durch die Erweiterung der Rechte der Arbeiter hat sich deren Widerstandskraft und Selbstbewußtsein gehoben. Die Unternehmer sind genötigt, mit den organisierten Arbeitern auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verhandeln, wobei es ohne Zugeständnisse nicht abgeht. Wie erheblich die so zugunsten der Arbeiter herbeigeführte Änderung ist, zeigt der Verlauf der gegenwärtigen, das gesamte Wirtschaftsleben lähmenden und bereits über ein Jahr dauernden Krise mit ihrer alles bisher Dagewesene überbietenden Massenarbeitslosigkeit.

Die Unternehmer haben es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, diese ihnen günstigen Verhältnisse auszunutzen. Sie wendeten überall den schärfsten Druck an, um Lohnherabsetzungen vorzunehmen, die angeblich zur Verbilligung der Produktion und Preisenkürzungen dienen sollten und, wie sie behaupteten, zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft notwendig waren. Teilweise, insbesondere dort, wo die gewerkschaftliche Organisation unter der Ägide der wirtschaftlichen Lage den erforderlichen Widerstand nicht aufbringen konnte, haben sie ihren Zweck erreicht. Aber nur teilweise! In dem Maße, wie sie es beabsichtigten, konnten sie die Herabbildung der Löhne nicht verwirklichen. So sehr auch die Gewerkschaften durch die Wirtschaftskrise geschwächt wurden, sie blieben doch stark genug, um die Angriffe der Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik, wie gegen die in oft schweren wirtschaftlichen Kämpfen erkundene Lebenshaltung der Arbeiter abzuwehren. Selbst in den ungünstigsten Fällen ist es ihnen gelungen, eine erhebliche Verschlechterung zu verhindern. Nicht verstanden konnten die Gewerkschaften, daß die Zahl der Erwerbslosen ständig zunahm, obgleich sie alles zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lage der Erwerbslosen mögliche unternahmten. Hier waren die wirtschaftlichen Verhältnisse härter, zum großen Teil deshalb, weil nur zu viele Arbeiter die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht einsehen und die Gewerkschaften deshalb den von ihnen angeführten maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß zur Durchsetzung ihrer Forderungen noch nicht besaßen.

Das Unternehmertum muß resigniert zugeben, daß seine Absichten fehlschlügen, zugleich aber auch feststellen, daß die von ihm angekündigte Wiederaufrichtung der Wirtschaft gescheitert ist. Die wirtschaftliche Lage zeigt zwar gewisse Anzeichen der Besserung. Aber diese Anzeichen sind doch noch zu schwach, um besondere Hoffnungen auf eine endliche Überwindung der Krise wecken zu können. Außerdem liegt nichts vor, was diese Besserungsansätze als einen Erfolg der von den Unternehmern betriebenen Wirtschaftspolitik betrachten läßt. Die Unternehmer machen deshalb auch gar keinen Versuch, diesen Eindruck hervorzuheben, sondern ihre Bemühungen sind lediglich darauf gerichtet, die Verantwortung für das Fehlschlagen ihrer Politik und das Fortbestehen der Wirtschaftskrise auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Besonders die gewerkschaftliche Lohnpolitik soll daran schuld sein, daß die Wirtschaftslage noch immer so schlecht ist und die Arbeitslosigkeit nicht schneller abnimmt.

Der Nachweis für die Richtigkeit dieser Behauptung wird in einer Anzahl Aufsätzen versucht, die in letzter Zeit in der „Sozialen Praxis“ der „Industrie- und Handelszeitung“ und andern kapitalistischen Blättern erschienen. Ziemlich übereinstimmend kommt darin die schon eingangs dieser Ausführungen angeführte Auffassung über den Warencharakter der Arbeitskraft zum Ausdruck, woran sich der Vorwurf knüpft, daß die Gewerkschaften durch die starre

Festsetzung der Lohnhöhe vermittelt ihrer Tarifpolitik den unter andern Umständen automatische Ausgleich der in ein Mißverhältnis zueinander geratenen Produktivkräfte, damit aber auch den wirtschaftlichen Aufstieg und die Übernahme der Arbeitslosigkeit verhindern. Die Stellung der Gewerkschaften ist deshalb lediglich dazu, die Löhne eines Teiles der Arbeiterschaft relativ hoch zu halten, um dafür den andern Teil jeden Anspruchs auf Einkommen aus Arbeit zu erheben und ihn der Wohltätigkeit der Gesellschaft zu überlassen.

Es sind ziemlich altmodene Weltansichten, die in diesen Vorträgen und der ihnen angefügten, sich in ein wissenschaftliches Gewand hüllenden Begründung geboten werden. Wie wenig beweisträftig sie sind, geht schon daraus hervor, daß sie selbst von namhaften Unternehmern als hinfällig abgelehnt wurden, die sich auf den Standpunkt berufen, daß die Gewerkschaften vertretenden Lohnpolitik stellen. Die im Gegensatz dazu stehende Auffassung der wissenschaftlichen Vertreter der Unternehmer widerspricht aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Preis der Waren wird nur noch zum verhältnismäßig geringen Teile durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Unternehmer haben es durch die von ihnen immer weiter ausgebauten Kartell- und Syndikatspolitik verstanden, das unter dem System des freien Wettbewerbs geltende Preisgesetz von Angebot und Nachfrage nahezu völlig auszuschalten. Wo gibt es noch bei der Großindustrie eine freie Konkurrenz, eine freie Preisbildung? Wir sehen nichts anderes als Konzerne und Kartelle, die miteinander Hand in Hand arbeiten, die Produktion monopolisiert haben und die Preise ganz nach Willkür festsetzen. Selbst die Zeit der schlimmsten Krise, der Nachlaß der Steuern und Frachtkosten sowie die Befreiung und Verbilligung der Produktion durch die Nationalisierung der Betriebe hat sie nicht dazu bewegen können, eine Preislenkung vorzunehmen.

Unter diesen Umständen wäre es geradezu wirtschaftlicher Selbstmord, wenn die Gewerkschaften nicht daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen und die Arbeitskraft der Arbeiter dem freien Spiel der Kräfte überlassen würden. Hätten die Unternehmer die monopolistische Festlegung der Preise für notwendig, um ihre wahrlich mehr wie hohen Gewinne zu stabilisieren, so sind die Arbeiter gezwungen, für ihre Arbeitskraft das gleiche zu tun, wenn ihre Lebenshaltung unter dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht auf ein unerträgliches Niveau herabgedrückt und ihre schon so auf das niedrigste herabgesetzte Kaufkraft völlig vernichtet werden soll. Um das zu verhindern und die Wirtschaft vor weiterem Niedergang zu schützen, müssen die Gewerkschaften an ihrer Lohnpolitik festhalten, den Bestrebungen der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne entgegenzutreten und ihre der Leistungsfähigkeit der Produktion entsprechende Erhöhung fordern. Die Unternehmer können diese Forderung ohne eine Schmälerung ihrer Gewinne erfüllen. Sie brauchen nur den bisher erlangenen volkswirtschaftlich widersinnigen Standpunkt, auch bei weitgehendster Einschränkung ihrer Produktion den gewöhnlichen Gewinn zu erzielen, verlassen und den früheren Grundsatz: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“, anerkennen. Der hieraus zu erwartende wirtschaftliche Aufschwung und das Steigen der Kaufkraft böte ihnen hinreichend Gelegenheit, auf ihre Rechnung zu kommen. Sie wollen es nicht! Ihre wirtschaftliche Einsicht reicht noch nicht dazu aus. Um so entschlossener müssen die Gewerkschaften an ihrer Lohnpolitik festhalten sowie ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen mit allem Nachdruck vertreten. Nur so ist es möglich, daß die Unternehmer, wenn auch nicht freiwillig, so doch unter dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer andern sozialen und wirtschaftlichen Einstellung gelangen. (.)

### Auskömmlicher Lohn

In englischen sozialistischen Kreisen hat man in letzter Zeit versucht, dem Kampf um den Lohn eine neue Grundlage zu geben, was zu begrüßen ist. Gibt es doch kein ökonomisches Gebiet, das in den letzten 100 Jahren so umstritten war, wie die Lohnfrage. Es braucht nur an das „eherne Lohngesetz“ erinnert zu werden, das von der deutschen Sozialdemokratie bis 1890 anerkannt wurde. In einem 1891 in London erschienenen volkswirtschaftlichen Buch „Economics of Industry“ schreibt der englische Gelehrte Marxhall: „Dieses Gesetz hat man besonders in Deutschland das Ricardosche „eherne Lohngesetz“ genannt. Viele deutsche Sozialisten sind auch heute der Meinung, das Gesetz bestehe und sei mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unzerstrenklich verwachsen.“ In England hat es nie Anerkennung gefunden. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schrieb der bedeutende englische Volkswirtschaftler John Stewart Mill: „Der einfachste Ausweg, den Arbeitslohn auf der wünschenswerten Höhe zu erhalten, würde der sein, ihn durch ein Gesetz zu bestimmen. Einige hatten vorgeschlagen, einen Mindestlohn festzusetzen. Ein andrer Plan, der unter den Führern der Arbeiter viel Anklang fand, ist, lokale Verfassungskonferenzen zu bilden, um eine Lohnrate zu bestimmen, die auf natürlicher Gerechtigkeit und nicht auf Angebot und Nachfrage (Konjunkturpolitik) basiert. Andre glauben, daß die Unternehmer einen hinreichenden Lohn geben sollten, und wenn sie es nicht willig tun, so sollten sie dazu gezwungen werden.“

Seit jener Zeit ist die Forderung nach dem auskömmlichen Lohn nicht wieder von der Bildfläche verschwunden. Die in der Independent Labour Party vereinigten eng-

lischen Sozialisten hatten auf dem letzten Kongreß der Labour Party das Problem des auskömmlichen Lohnes zur Debatte gestellt. Wenn auch die von dieser Seite aufgeworfene Frage weit über das gewerkschaftliche Gebiet hinausragt, so ist die Sache doch wichtig genug, um eingehender besprochen zu werden. Ein Kreis theoretischer Sozialisten will den Sozialismus zur Verwirklichung bringen, weshalb der bekannte Schriftsteller Brailsford den Grundgedanken aufstellte: „Durch Schaffung des Sozialismus!“ Und was sind die vorgeschlagenen Mittel zur Erreichung dieses Zieles? Steigerung der Kaufkraft des Volkes durch Einführung des auskömmlichen Lohnes. In einem im sozialistischen Wochenblatt „The New Leader“ erschienenen Aufsatz vom 22. Oktober schreibt Brailsford: „Jeder wird zugeben, höhere Löhne müssen im allgemeinen eine Steigerung der Produktion zur Voraussetzung haben. Es werden sich auch wenige dem Argument verschließen wollen, daß eine Steigerung der Produktion nur denkbar ist durch eine gewissenhafte Reorganisation der meisten unserer Schlüsselindustrien. Ferner ist es klar, daß große Teile des Volkes mit einer Rationalisierung einverstanden wären, käme diese nicht zu spontan. So befinden wir uns auf einem Gebiete, wo eine allgemeine Verständigung leicht ist. Dann aber stehen wir vor einem tiefen Trennungsschritt. Die psychologischen und volkswirtschaftlichen Fragen, die nun auftauchen, sind: Was soll zuerst kommen? Sollen wir uns mit einer Reorganisation der Industrie einverstanden erklären in dem Glauben, höhere Löhne würden schon von selbst folgen? Oder sollen wir bei der Forderung beharren, daß höhere Löhne zuerst kommen müssen?“

In Deutschland werden die Vertreter kapitalistischer Interessen nicht müde, zu erklären, die Lohnpolitik der Gewerkschaften behindere den Aufstieg aus der Wirtschaftskrise. Mit diesem Standpunkt muß gebrochen werden. Schon Adam Smith stellte 1801 in seinem berühmten Buche „Der Reichtum der Nationen“ den Standpunkt auf, gute „Löhne treiben die Produktionsfähigkeit an“. Nach Adam Smith behindern hohe Löhne durchaus nicht den industriellen Aufstieg, sondern zwingen denselben zu einem schnelleren Tempo. So kommt auch Brailsford zu der Schlussfolgerung: Hohe Löhne sind die Vorbedingung zu einer gesunden Rationalisierungspolitik. Zur Verteidigung seiner Ansicht beruft er sich auf das Amerika-Buch der deutschen Gewerkschaftsführer. In dem bereits erwähnten Aufsatz schreibt er hierüber: „Zuerst müssen höhere Löhne kommen. Wir sind uns bewußt, selbst in der Arbeiterpartei gibt es Leute, denen eine solche Forderung paradox erscheint. Unser Verlangen kann jedoch durch zwei gesunde Argumente bekräftigt werden. Erstens sind wir der Ansicht, solange die Unternehmer in ihrem Schmelzbad, durch niedrige Löhne Profit machen zu können, nicht genehmigt sind, werden sie ihr Bestes nicht anstrengen, um zur Möglichkeit einer wirklich wissenschaftlich geleiteten Produktion zu kommen. Man zwingt sie zur Zahlung von höheren Löhnen, und ihr organisatorischer Erfindungsgeist wird naturnotwendig angetrieben. Zweitens wird durch höhere Löhne der innere Markt getätigt. Man erhöhe die Löhne im allgemeinen, und zum erstenmal in der Geschichte des industriellen Zeitalters schafft man die Möglichkeit, die Massenproduktion zur vollen Entwicklung zu bringen.“

Aber das ist doch alles graue Theorie und Spekulation, wird der Leser fragen. Nicht im geringsten. Es handelt sich hier um eine genaue Darstellung der Entwicklung, die Amerika in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat. Der Stillstand der Einwanderung während des Krieges, ihre Einschränkung nach dem Kriege schuf einen Mangel an Arbeitskräften, und die naturnotwendige Folge war: hohe Löhne. Das wiederum zwang zu einer gewissenhaften Reorganisation der Industrie, die Einführung von arbeitssparenden Maschinen, Typisierung und schließlich eine titanische Produktenerzeugung durch Massenproduktion. Das große Geheimnis lag jedoch nicht in der Massenproduktion, sondern einzig und allein in den hohen Löhnen, die den Verbrauch immer mehr steigerten. Aber die eingeschlagene Folgefolge der Entwicklung der Dinge kann ein Zweifel nicht aufkommen. Wir haben bereits die Ansicht der deutschen Gewerkschaftsdelegation aus ihrem äußerst fähigen Bericht angeführt. Immer wieder wird hier auf die Tatsache hingewiesen, daß der Druck der hohen Löhne zuerst kam. Die erhöhte und systematische Massenproduktion war die Folge.

Jeder ernsthafte Beobachter des modernen Wirtschaftslebens wird zugeben müssen, hier stehen wir am Scheidewege. Ein Aufstieg aus der uns bedrückenden Krise ist nur durch Anwendung einer Radikalkur möglich; diese ist aber in der Kräftigung der Kaufkraft des eignen Volkes zu suchen. Ein Blick auf die Bestrebungen des deutschen Unternehmertums zeigt aber, wie holprig der zu beschreitende Weg noch ist. Es ist gewiß, die geistigen Vertreter der Unternehmerklasse werden auf die Vorgänge im englischen Bergbau hinweisen, wozu sie aber wirklich kein Recht haben. Ein Vergleich zwischen deutschen und englischen Verhältnissen ist nach dieser Richtung hin undenkbar, da die Lage der englischen Arbeiterklasse seit 1918 eine viel bessere war als bei uns. Auch läßt sich hundertfach beweisen, daß eine Stabilisierungsperiode und Rationalisierungspolitik nach dem Rezept des deutschen Kapitalismus in England nicht möglich ist. Wurde doch die englische Regierung noch vor Beginn des Bergarbeiterstreiks zu dem Verprechen gezwungen, einen Fonds bereitstellen zur Unterstützung der durch die Rationalisierung notwendig werdende Brotlosmachung von Bergarbeitern.

Die Unternehmer kommen stets mit dem Vorwand: Lohn-erhöhungen wirken preissteigernd, da sie auf die Verbraucher abgewälzt werden. Letztere seien auch wieder die Arbeiter, weshalb es ein Trugschluß wäre, im höheren Lohn eine Besserung der allgemeinen Lebenslage zu erblicken. Diese Seite der Frage wurde kürzlich von dem sozialistischen Volkswirtschaftler J. A. Hobson dahingehend beantwortet: „Bei der Aussprache über die Wirkung steigender Löhne auf die Preise wird stets die Befürchtung ausgesprochen, Lohnserhöhungen müßten auf die Verbraucher abgewälzt werden, gelänge es nicht, mit jeder Lohnserhöhung den Förderanteil der Produktion zu steigern. Eine solche Kalkulation läßt allerdings den Mehrwert in seinen verschiedenen Arten außer acht, aus dem sehr gut der erhöhte Lohnanteil genommen werden könnte. Andererseits ist einleuchtend, daß jedes befriedigende Lohnsystem von einer steigenden Produktion begleitet sein muß.“

In einer Zeit, wo der Fordismus die Kunde durch die Welt antritt, ist es bezeichnend für die Geistesrichtung des deutschen Unternehmertums, daß es sich noch immer nicht an den von Adam Smith aufgestellten Grundsatz gewöhnen kann, „dort, wo hohe Löhne bestehen, die Arbeiter auch aktiver, fleißiger und stiller sind“.

Jedoch, besaßen wir uns noch einen Augenblick mit den Plänen der englischen Arbeitervertreter. Eine genaue Einsicht in dieselben zeigt allerdings, daß es sich hier vielfach noch um wenig durchdachte Zukunftspläne handelt, die von den deutschen Gewerkschaften nicht ohne weiteres übernommen werden könnten. Auch hat sich der Kongreß der Labour Party geweigert, sich den Plan zu eigen zu machen. Noch vor Zusammentritt der Tagung sahen sich die Antragsteller zu einem Kompromiß genötigt, nach welchem das ganze Problem einem Untersuchungsausschuß überwiesen wurde, der bis zum nächsten Jahre einen Bericht ausarbeiten soll.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, ist die Verwirklichung des Planes durchaus nicht so einfach. Das war wohl auch den Antragstellern klar. Genosse Brailsford legte dann bei der Verteidigung seiner Pläne dar, daß die völlige Einführung eines auskömmlichen Lohnes für alle Berufe volkswirtschaftlich nicht tragbar sei. Deshalb propagiert er den Gedanken, zunächst für alle in öffentlichen Diensten stehenden Arbeiter solle eine angemessene Lohn-erhöhung eingeführt werden, also für die Arbeiter von Staat und Gemeinde. Die so eingeführten Löhne würden dann auf die Privatindustrie reagieren und auch hier höhere Löhne notwendig machen. Jedoch ist ein solcher Vorschlag nur ein Palliativmittel. Soll der Plan sich gesellschaftlich auswirken, so müßte zu andern Mitteln gegriffen werden, und diese sind: Verstaatlichung bestimmter Industrien, vor allem aber staatliche Kontrolle des Bank- und Kreditwesens. „Schließlich müßte“ zur Verstaatlichung des gesamten Konjums und der Rohstoffe geschritten werden. Ferner ist Brailsford nach genauen Untersuchungen der Lohnverhältnisse in den britischen Kolonien (Neuseeland und Australiens) der Ansicht, daß der auskömmliche Lohn ohne ein System des Soziallohnes undenkbar sei. Was für den alleinstehenden Arbeiter ein guter Lohn sei, könne für einen Familienvater mit Frau und fünf Kindern ein schlechter Lohn sein. Der Fonds zur Zahlung von Familienzulagen soll staatlich sein und durch eine Vermögenssteuer aufgebracht werden. Es handelt sich hier, wie man sieht, um einen Plan, der das ganze Wirtschaftsleben berührt.

Die Kritik auf dem Kongreß richtete sich auch vor allem gegen das System des Soziallohnes, das auch noch der Klärung bedarf. Erfahrene Praktiker, wie Macdonald, standen dem ganzen Plane skeptisch gegenüber. Zu seiner Verwirklichung ist doch vor allem ein arbeiterfreundliches Parlament notwendig. Schließlich ist die logische Folge der Forderung die, daß die kapitalistische Gesellschaft gar nicht in der Lage ist, eine angemessene Lebensweise für alle zu garantieren. Trotzdem verlangt die Lohnfrage eine immer intensiverer Aufmerksamkeit. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, nach Mitteln und Wegen zu suchen, dem Prinzip Gehör zu schenken, durch Steigerung der Kaufkraft des Volkes zu einer immer höher steigenden Massenproduktion zu kommen. Das amerikanische Beispiel zeigt doch, wie man durch hohe Löhne, trotz eines verarmten europäischen Marktes, eine Krise überwinden konnte. Hier ist die Bahn, auf die auch das deutsche Wirtschaftsleben gedrängt werden muß. Es ist, wie Brailsford nicht mit Unrecht sagt: Man schaffe die Grundlage für einen sich immer mehr ausbreitenden inneren Markt und die Industrie wird dann auch in die Lage gesetzt, sich dem Druck der hohen Löhne anzupassen. W. W.

### Monopol, Rationalisierung und Lohnserhöhung

Wenn man die Methoden Fords rein erfahrungsmäßig betrachtet, so könnte man im Gegensatz zum Marxismus als „rote“ Sozialisierung mit Gott-Dittknecht\* von „weißem“ Sozialismus sprechen. Das Fordsche Prinzip der hohen Löhne und niedrigen Arbeitszeit scheint ja alle Theorien und Kämpfe sowohl der wirtschaftlichen wie politischen Arbeiterbewegung, als auch des kapitalistischen Mehrwertes illusorisch zu machen und den Profit des Privatgeheimnisses an Produktionsmitteln trotzdem verdropelt, verzehnfacht sicherzustellen. Des Rätsels Lösung könnte man mit manchem Professor und bürgerlichen National-

\* Gott-Dittknecht: „Fordismus“.



ökonomien einfach auf die Formel bringen: Diktatur der technischen Vernunft.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, die Methoden der „technischen Vernunft“ in der Ford'schen Betriebsorganisation zu erklären und in ihrer Rückwirkung auf den Menschen zu analysieren. Es sei in diesem Zusammenhang auf den steten Arbeiterwechsel in ganz kurzen Zeiträumen hingewiesen, die nicht nur bei Ford, sondern besonders in den Kaufhandbetriebe Deutschlands stark in Erscheinung treten. Schreiber dieser Zeilen sprach mit einer Arbeiterin der AEG: „In jeder Minute dieselbe Arbeit, in Zukunft soll es 1/2 bis 3/4 Minute für dieselben Handgriffe sein, also höchste Anstrengung, Produktionssteigerung; aber mehr Lohn? Hinter dir stehen Arbeitslose und warten, warten darauf, auch einmal etwas zu verdienen.“

Man sieht also schon zwei große Widersprüche sich herauskristallisieren. Die Ford (Amerika): Hohe Löhne, niedrige Preise, kurze Arbeitszeit — hier der „alte“ Kapitalismus Europas: Niedrige Löhne (hohes Angebot der Ware Arbeitskraft), hohe Preise, lange Arbeitszeit. Um diese Widersprüche zu lösen, muß man nicht nur ausgehen von den natürlichen Reichtümern an Naturprodukten, sondern muß vor allem die Struktur der ökonomischen Entwicklung eines Landes oder Erdteils in die Betrachtungen unbedingt einziehen. Denn nur so wird man sich Verschiedenheit und Ungleichheit der Preisgestaltung für Arbeitsprodukte und Arbeitskraft erklären können.

Der „alte“ Kapitalismus Europas fand seinen Ausdruck des auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhenden Privateigentums. Die freie Konkurrenz als auch die Demokratie sind Schlagworte reiner juristischer Abstraktionen, die durch die Konzentration des Kapitals und der Monopolbildung nur noch geschichtlich zu werten sind. Der Kapitalismus hat sich zu einem Weltsystem entwickelt, das, aus dem Kapitalexploitator entspringend, sich zu einem ungeheuren Kampf um Kolonien im Kriege zuspitzte. Neuauktion der Erde, Eroberung von Rohstoff- und Absatzgebieten, das war die treibende Kraft der imperialistischen Großmacht. Amerika stand im wesentlichen bis vor Kriegsausbruch als Agrarland mit noch nicht aufgeschlossener industrieller Selbstversorgung abseits dieser Kämpfe. Doch dieses änderte sich in gewaltig aufsteigender Linie in dem letzten Jahrzehnt: Es braucht Exportmöglichkeiten für gewaltige Kapitalanhäufung, es hat sich eingereicht in den nach Absatzmärkten industrieller Fertigprodukte strebenden Mächten, seine ungeheure Monopolbildung (Petroleum, Zucker) sucht den Weltmarkt zu beherrschen. Der Kampf um die Beherrschung des Weltmarktes führt nicht nur zu nationalen Trusts, Syndikats- und Monopolbildungen, sondern verdrängt sich zu internationalen Staaten-gruppierungen; die immer engeren Bindungen bedingen. Das ist die eine Seite der Monopolbildungen: Internationale Interessengemeinschaften, die wirtschaftlich unter Ausschaltung gegenseitiger Konkurrenz den Weltmarkt profitbringend gegenüber andern selbständigen Wirtschaftsimperien (Amerika, England, Japan) zu behaupten trachten. Dieses wiederum führt zu politischen Notwendigkeiten, die innen- wie außenpolitisch starke staatliche Macht bedingen. Die Staatspolitik aller kapitalistischen Regierungen ist diesen Tendenzen unterworfen und zeigt besonders in England in dem Lohn- und Arbeitszeitkampf der Bergarbeiter unverkennlich, daß der bürgerliche Staat, wenn keine Kompromißmöglichkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern mehr bestehen — sich rücksichtslos gegen die Arbeiter auf Seite der wirtschaftlich Mächtigeren schlägt, weil er freilich vom Fleisch dieser in all seinen Macht- und Rechtfunktionen ist.

Nun meinte Kollege Hosenfi in Nr. 77 in einem Artikel „Rationalisierungsfragen“, daß unter Rationalisierung kurz gesagt: „Die Steigerung der Leistungsfähigkeit auf das höchstmögliche Maß“ zu verstehen wäre. Damit kommen wir auf die zweite Seite der Monopolbildung zu sprechen: Rationalisierung. Mehrproduktion bei gleicher Leistungsfähigkeit bedeutet rein wirtschaftlich genommen Preisverbilligung des Produktes. Verbilligung der Lebensprodukte bedeutet höhere Löhne, und nun meint Kollege Hosenfi, wenn dies eintritt, so haben wir als Gewerkschaften keine Ursachen, diese Rationalisierung abzulehnen. Nun tritt aber die Synthese dieser abstrakten Betrachtungsweise von Ursachen und Wirkungen kapitalistischer Entwicklung ein: Arbeitslosigkeit und Profitrate. Professor Hermann Herz schreibt in seinem Werk „Monopole, Kartelle und Trusts“, daß das Mehrangebot von Produktion abzusehen, entweder nur bei einer enormen Nachfrage mit Nutzen möglich ist, oder aber sofort die Preise auf ein unrentables Niveau drücken würde. Trotz Rationalisierung (welche bedeutet mit weniger Menschen die gleiche Leistung zu vollbringen) wird nicht nur durch Schutzzölle der Absatz künstlich reguliert, sondern gerade durch die Monopolbildung der volkswirtschaftliche Wert rationalistischer Arbeitsmethoden vermindert. Die Preise werden durch Festlegung der Produktionsmenge nur mit dem Höchstmaß von Profit auf den Markt geworfen. Der Widerpruch liegt klar zutage: Profitsteigerung der in wenigen Banken und Personen sich befindlichen Produktionsmittel, Sicherstellung gewaltiger Dividende und, wie Heibels in einer Arbeit „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“ richtig folgert: Die immer schneller sich entwickelnde Technik erzeugt ein immer größeres Mißverhältnis zwischen den verschiedenen Teilen der Volkswirtschaft, es tritt eine „gefteigerte Planlosigkeit“

ein und, wie Liefmann — Verteiliger des Kapitalismus — zugeben muß, immer mehr Chaos und Krisen. Die politische Konsequenz davon ist für Margisten klar, sie liegt auf der Linie des Klassenkampfes.

Monopol, Rationalisierung und Lohnherhöhung wäre also eine völlig falsche Schlussfolgerung, wenn man nicht ein starkes Monopol der Ware Arbeitskraft, also starke freigewerkschaftliche Organisationen, in die Wagtschale werfen könnte, um verlässige Arbeitszeit und „Mitbestimmung“ zur Beseitigung der lediglich vom Profitraten-Interesse diktierten kapitalistischen Produktion zu erkämpfen. Wir wissen, daß selbst technisch höchstentwickelte Produktionsform innerhalb der privatkapitalistischen Interessensphären so lange keine Befriedigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten bringen wird — solange an Stelle von kapitalistischen Trusts und Banddirektoren nicht eine höhere Form sozialistischer Produktions- und Bewirtschaftungsform bestimmend ist. Um nun Lohnkämpfe, Erweiterung der Preisbildung und vor allem Verhinderung von neuen Kriegsplänen der internationalen Interessengemeinschaften der Großindustrie und des Bankkapitals durchzuführen, sind mächtige, einheitlich wirkende Gewerkschaftsorganisationen notwendig. Diese wiederum können ihre Aufgaben nur dann lösen, wenn gesultete Köpfe aus den Reihen der Arbeiterchaft sich uneigennützig führend in die erste Linie des wirtschaftlichen und politischen Kampfes stellen, getragen von dem geistigen und organisatorischen Kampfwillen der Arbeiterschaft. Mächtigern Machtverhältnisse abgewogen, Vorbedingungen geschafft für erfolgreiche Durchführung von wirtschaftlich möglichen und politisch gegebenen Notwendigkeiten. Zu diesen Vorbedingungen gehört insbesondere nicht nur die horizontale „Vertrufung“ der Gewerkschaften, sondern auch die vertikale, Gerade die Monopolisierung, die internationalen Interessengemeinschaften zeigen den Arbeitern den Weg organisatorischer Verbesserungen der Gewerkschaften. Wenn Fort in den Jahren 1870/71 leider vergebens versuchte, Spitzenverbände zu gründen, die lokale Streikfinanzierung aber immer mehr ihre Unhaltbarkeit bewies, und es Karl Legien trotzdem gelang, über allen Krisen und Pessimismus hinweg in unermüdbar Tätigkeit zentrale Organisationen zu schaffen und die internationalen Bestrebungen in feste Formen zu kleiden, so heißt es jetzt als zwingendes Gebot der Stunde, zu erkennen, den Apparat so zu festigen, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Diese neuen Anforderungen zeigen klar, daß die Organisationen niemals Selbstzweck sind, sondern Mittel zum Zweck. Der Zweck ist die wirtschaftliche und kulturelle Emanzipation als Klasse. Dieses wird um so eindeutiger, als berufliche Eigenart immer mehr aufgefaßt wird, von der Verbundenheit gleicher Lebensbedingungen, gleicher Schicksalsgemeinschaft aller Schaffenden. Jeder verlorenere Kampf einer Berufsgewerkschaft innerhalb der monopolistischen Interessensphäre ist rückwirkend auf die Bedingungen der übrigen. Klar kommt dies zum Ausdruck in solchen Industriezweigen mit verhältnismäßig guter Konjunktur, indem man von Unternehmern- und Schiedsgerichtsseite jede wesentliche Verbesserung mit Rücksicht auf „Rückwirkungen“ kategorisch ablehnt. Der tiefere Sinn der Formel: Monopol, Rationalisierung und Lohnherhöhung, liegt darin, daß man nicht nur guter Tagespraktiker sein, sondern auch darauf eingestellt sein muß, die ganzen Probleme, mit der die moderne Arbeiterbewegung in Verbindung kommt, zu durchdenken. Erich Polster.

### Erfindungen, Entdeckungen und Wirtschaft

Augen auf, Ohren auf, Verstand auf! Seht, hört und denkt! Aberdient, probt und prüft, was an bemerkenswerten und bedeutungsvollen neuen Erkenntnissen aus Tageslicht kommt! So müssen wir allen denen zurufen, die an der Wirtschaftsgestaltung mitwirken können. Wer nicht sorgfältig auf die neuen Erfindungen und Entdeckungen achtet, die ihn angehen, der muß diese Nachlässigkeit büßen. Manchesmal scheint es, als ob eine Erfindung oder eine Entdeckung ganz andre Berufsangehörige berührt, genauer bedacht zeigt sich aber oft, daß sie auch auf den eignen Beruf einwirkt. Also müssen wir darüber nachdenken, wie uns die kommenden Dinge treffen, wie wir etwa schädliche Wirkungen vermeiden, wie wir technische und wirtschaftliche Fortschritte zum Heile des Berufs vorteilhaft anwenden können. In drei Worten ausgedrückt: Erkennen, prüfen, auswerten ist unsre Pflicht.

Der Erfinder schafft etwas Neues, der Entdecker klärt etwas Vorhandenes aber Unbekanntes auf. Es gilt bei den Erfindungen und Entdeckungen in hohem Maße: „Wer sucht, der findet.“ Wer gründlich und mit Ausdauer sucht und keine Opfer scheut, der kommt hinter Dinge, die andern Menschen ein Rätsel sind. Ohne Begabung und Schulung wird allerdings nicht viel erreicht werden. Der Ungeschulte und Ungeübte überhäuft leicht den Wert seiner Erfindung. Bei der Werkserfindung (die meist eine Verbesserung der Arbeitsarten und Arbeitsverfahren ist) verhält sich die Sache etwas anders. Während der freie Erfinder außerhalb des Betriebes oder der Werkstatt arbeitet, also mehr mit seiner Einbildungsfähigkeit arbeiten muß, arbeitet der Werkserfinder mehr anschaulich (im Angesicht der zu ver-

\* Gaffan: „Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf“.

bessernden Werkzeuge, Maschinen, Arbeitsarten). Der Entdecker ist der Mann des scharfen Auges und des scharfen Denkens. Er sieht, was zusammengehört, zusammenpaßt, was wirkungsvoller und wirtschaftlicher ist.

Zu den Entdeckern gehören die Wissenschaftler. Wer neues Wissen schafft, hat nichts erfunden, aber er hat Vorhandenes aber Unbekanntes erforscht und bekannt gemacht. Weiben wir beim Wort: Entdeckung! Ent-deckt heißt von der Hülle befreit, sichtbar gemacht. Das Unsichtbare sichtbar machen, kenntlich oder erkennbar machen ist die Aufgabe aller Forscher. Der Wissenschaftler sucht nach Zusammenhängen in der Natur- und Geisteswelt, in der Kräftegestaltung und Wirtschaftsführung, und die vorher un-bekanntem Zusammenhänge will er aufklären.

Natürlich ist bei all diesen Fragen, daß die Stadtbewohner mehr an die großen Erfindungen (Aufschiffe, Unterseeboote, Maschinen aller Arten) denken, die Landbewohner aber an das, was besonders die Landwirtschaft angeht. Das ist begreiflich; jeder denkt zunächst an das, was ihn angeht, was er sieht und hört, was um ihn herum vorgeht. So ziehen sich auch die meisten Menschen ihre Grenzen. Sie halten ihren Beruf, ihre Tätigkeit für sehr wichtig oder am bedeutungsvollsten, und in dieser selber verengten Auffassung übersehen sie die größeren Zusammenhänge in der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung. Alte Auffassungen haben es an sich, daß sie auch dann noch vielfach in den Köpfen liegen, wenn sie längst abgetan sein sollten. So wird z. B. daraus, daß der Grund und Boden nicht vermehrbar ist, gefolgert, auch der Anbau und der Ertrag sei ebenso begrenzt. Von dieser Behauptung bis zu der: Deutschland hat (im Verhältnis seiner Bevölkerungszahl zum ertragreichen Boden) zu wenig Land, und deshalb ist es immer auf den Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse angewiesen, ist nur ein Schritt. Wir sollten aber in solchen Fragen nie in der Behauptungsform, sondern immer in der Möglichkeitsform sprechen. Denn, was vorgefetzt noch so und so war, kann morgen und übermorgen schon anders sein. Was es uns heute auch noch als etwas übertrieben erscheinen, was der Auto-Ford vom Fortschritt sagte, die neusten Entdeckungen deuten aber darauf hin, daß er nicht sehr danebengegriffen hat mit seiner Behauptung: er halte alles für möglich. Von Th. A. Edison ist er zu diesem Fortschrittsglauben angeregt worden. Edison glaubt, „daß alles möglich ist“. „Unmöglich ist für ihn eine Bezeichnung der Dinge, die auszuführen es uns einstmals an Kenntnissen mangelt.“ Ford selber behauptet, daß es heute schon möglich ist, zu einem reicheren Leben in der Welt zu kommen. Wir müssen uns die Möglichkeiten hierzu gründlicher bedenken und die vorhandenen Möglichkeiten besser ausnützen. Wer aber Reichtum schaffen wolle, müsse die Furcht beseitigen. „Die Beseitigung der Furcht schafft Sicherheit und Fülle.“ Und: „Der Fortschritt wird durch eine großmütige Realität erzeugt.“

Das ist einseitig ausgedrückt! Der Fortschritt wird nämlich nicht allein durch den sachlichen, ehrlichen, weitausschauenden Wettbewerb herbeigeführt, sondern besonders auch durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Die Professoren d'Arsonville und Jean Perrin sollen jüngst in der Pariser Akademie der Wissenschaften angedeutet haben, daß ungeahnte Möglichkeiten vorhanden sind. In nicht allzu fernem Tagen, so führte Professor Perrin aus, werde sich der Mensch nicht mehr damit begnügen, aus Eisen, Kalz, Niesel, Kupfer, Gold seine Häuser und Geräte zu bauen; er werde Eisen, Kalz, Niesel, Kupfer und Gold selber bauen. Die Forschung sei dabei, die Geheimnisse der Schöpfung zu entdecken und nachzuahmen. Bis vor kurzem wurde gelehrt, daß die Welt aus 92 Atomen (Wasserstoff, Stickstoff, Kalzium, Gold, Silber, Uran, Eisen, Zinn, Magnesium u. a.) bestehe und daß diese Atome nicht mehr teilbar seien. Nach den neusten Meldungen aber soll diese Lehre unhaltbar sein. Am Radium wurde erkannt, daß es Teile enthält und daß diese Teile wieder aus Elementen bestehen. Die Forscher folgerten nun, daß die Elemente nicht nur abgebaut (also aufgelöst oder geteilt) werden können, sondern daß es auch möglich sein müsse, sie aufzubauen (also künstlich herzustellen). Das Grundpfeiler ist all dem ist, daß die Kenntnis des Abbaues oder der Auflösung zu der Kenntnis geföhrt hat: Wir können Atome bauen. Damit werden technische und wirtschaftliche Umwälzungen kommen, die auch der künftige Menschengeist noch vor kurzer Zeit nicht zu hoffen gewagt hätte. Wir Deutsche, die wir unter den Kriegswirkungen noch sehr leiden, sollten uns all das heutzutage zunutze machen. Wenn sich das Mögliche auch nicht so ganz rasch ausführen läßt: Am Firmament steht doch: Ich helfe euch hoffen! Seht empor, seht über den grauen Alltag hinaus, der Erdball wird euch geben, was ihr braucht. Ihr könnt ihm entnehmen, was ihr zum Leben nötig habt.

Was bedeutet demgegenüber die Entdeckung einiger neuer Elemente (Mafurin und Mhenium), über die vor einiger Zeit berichtet wurde! Die Auffindung neuer Elemente soll nicht unterföhrt werden. Die Forscher, die sie entdeckt haben, verdienen alle Anerkennung, aber für die wirtschaftliche Entwicklung ist es von ganz anderer Bedeutung, daß wir Atome bauen können. Im Augenblick wissen wir allerdings nicht, wann es sich lohnen wird, Atome zu bauen, aber der sinnende, hoffende und vorwärtstrebende Menschengeist, der sich dieser Sache bemächtigt hat, wird auch Mittel und Wege finden, von der Erkenntnis zur lohnenden Tat zu schreiten.

Auf die Einzelheiten des Atomzerfalls und des Atomaufbaues soll hier nicht näher eingegangen werden, es mag für heute genügen, die Möglichkeiten angedeutet und

auf ihre Wirkungen hingewiesen zu haben. Dem Dänen Niels Bohr, der sich auf die Erkenntnisse Rutherford und Plancks stützt, ist es gelungen, bisher unaufklärbares Elemente zu zertrümmern. Er glaubt, daß bei dem Zertrümmern der Atome so viel Kraft frei wird, daß auf der Erde sonnenähnliche Kraftquellen geschaffen werden können. Vielleicht wird dann die Kohle nicht mehr die Bedeutung haben, die sie heute hat. Ob sie eine neue, andersartige bekommt — wer weiß dies?

Gassen wie die Hauptachsen zusammen: Umwau aufbau ist nahe; beim Abwau sollen Kräfte von unübersehbarer Wert gewonnen werden. Das Ziel der Forscher ist: den Kräftestrom, der sich beim Abwau der Atome ergibt, zu fassen und auszuwerten.

Neben diesen großen und immer wohl noch etwas entfernten Zielen (wenn sie näher sein sollten, als wir heute übersehen, soll's uns recht sein) sind auch handgreiflichere zu verzeichnen. Da wäre z. B. eine verbesserte Art der Stahlgewinnung zu nennen, die von dem kürzlich verstorbenen Diplomingenieur K. Jonas herausgearbeitet wurde. Jonas, der Direktor einer Eisengießerei und Maschinenbauanstalt war, kaufte die Grundpatente von einem Erfinder an und baute sie aus. Die Sache soll schon eine Weile so sein, daß der neue Stahl um 40 Proz. leichter ist (bei derselben Festigkeit) und um 30 Proz. sollen die daraus hergestellten Gegenstände billiger sein. An sich ist dieser Stahl teurer als anderer, aber da die daraus hergestellten Fertigerzeugnisse leichter gehalten werden können, ergibt sich die genannte Verbilligung. Dazu kommt, daß z. B. ein Wagen, der leichter ist, weniger Kraft zur Führung braucht.

Aluminium wurde bisher aus verschiedenen Stoffen hergestellt (Bauxit, Graphitelektroden, Kynolit u. a.). Ein norwegischer Chemieprofessor macht Aluminium aus einfachen Feldsteinen. Er hat sich ein Patent darauf geben lassen und eine Fabrik errichtet, in der nach seinem Verfahren Aluminium hergestellt wird.

Luft und Wasser werden immer mehr und erfolgreicher in Kräfte umgewandelt. Fletners Motor soll von einem Zylinder vertrieben werden sein. Aus dem Fletner-Motor soll ein Wing-Kotor herorgegangen sein, der keiner Hilfskraft mehr bedarf und triebkräftiger sein soll. Bisher wurde Wasser nur zu Kraft umgewandelt, wenn es ein bestimmtes Gefälle hat. Durch eine neue Erfindung soll auch ruhiger dahinfließendes Wasser aufgefangen und ausgenützt werden. Der Wiener Ingenieur Eduard Suez soll eine Turbine gebaut haben, die so Wasser in Kraft verwandelt.

Derartige Erfindungen ragen immer stark hervor. Wie viel aber im kleineren geschäftl. wird, das entgeht der Einsicht und dem Gedächtnis. Eine amerikanische Statistik behauptet, daß allein im Werkzeugmaschinenbau in einem Jahr über 500 Verbesserungen geschaffen worden seien.

Von einer andern Seite her hat der Ingenieur Heinrich Schieferstein Verbesserungen gebracht. Die Maschine soll nach seiner Auffassung im Takt arbeiten, ähnlich wie der Mensch. Alle Maschinen sollen so gebaut werden, daß sie ihren eignen Takt haben. Die widerstrebende Gegenbewegung soll vermieden werden. Schieferstein beschäftigt das Schwingende, wie A. Hahn neulich hervorhob, belauert und nicht es aus. So bringe er die Maschine zu einer selbstgewollten Arbeitsleistung. Das Wesentliche an seiner Erfindung scheint zu sein, daß er „zwischen Rad und gleitendem Körper einen Transformator einbaue, eine Vorrichtung, die die beiden verschiedenen Rhythmen aufnimmt und einander angleicht“. Für das starre Gestänge soll das elastische angewandt und damit größere Wirkungen oder Leistungen erzielt werden.

In der Landwirtschaft geht die Lupine bisher besonders als Düngemittel. Nun soll sie mehr als Futtermittel genutzt werden. Bedeutungsvoller aber ist die gewerbliche Verwendung, der sie jetzt zugeführt werden soll. Nach einem neuen Verfahren soll sie ganz entgiftet werden können. Zur Düngung sollen die Wurzeln ausreichen und die bei der Reife abfallenden Blätter. Das Unterpflügen der Stengel ist danach gar nicht nötig. Die Stengelreste werden jetzt als wertvolle Koststoffe angesehen. Durch Verschwelung kann eine hochwertige Holzstoffe daraus gewonnen werden, die Heizstoffe liefert. Daneben wird bei ihrer Verkotung Koch-, Teer, brennbares Gas und aktive Kohle herausgeholt. Durch bessere Verfahren soll sie sich auch zu besseren und brauchbareren Gipssteinen verarbeiten lassen. Die Patente, die auf die Verwertung der Lupine ausgegeben sind, sollen ausgewertet werden.

Als und zu tauchen auch Nachrichten auf, die über eine bessere Ausnutzung des Hanfes berichten. Der Hanf wurde bisher zur Herstellung grober Gewebe benutzt. Durch eine Erfindung soll es gelungen sein, die grobe und lange Hanfsäse zu spalten und sie feiner und filziger zu machen. Zudem soll der Hanf maschinell geerntet werden können und so einen gewissen Vorsprung vor der Baumwolle erhalten, die einen viel größeren Aufwand erfordert. Als ein anderer Vorteil wird angesehen, daß Hanf besonders gut auf Moorboden wächst. Da Deutschland etwa 2 Millionen Hektar Moorboden hat, ist eine umfangreiche Hanfspaltung möglich. Aus dem Hanfsamen wird wertvolles Öl gewonnen. Wenn also ein großer Teil des Moorbodens mit Hanf angebaut wird, so können wir so viel Gipssteinen schaffen, daß wir etwa nur noch die Hälfte Baumwolle einführen brauchen, und etwa 300 000 Tonnen Öl können im Inland hergestellt werden.

Ganz besonders ist darauf hinzuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft noch viele Entfaltungsmöglichkeiten bietet. In der Viehzucht und dem Milchergang sind noch viele

Verbesserungen möglich, ebenso in dem Körner- und Futterertrag. Nach einer neueren Schätzung könnte z. B. durch eine bessere Stickstoffdüngung der Ertrag der Weiden verdoppelt werden. Damit wäre es möglich, 4 Millionen Stück Großvieh mehr zu halten und es noch besser als bisher zu ernähren. Durch Saatgutverbesserung und ausreichende Stickstoffdüngung sind viel höhere Ernteerträge als bisher zu erzielen. Die Einzelkornlegemaschinen sollen es ermöglichen, daß weniger Saatgut gebraucht wird (10 bis 20 Pfd. je Morgen) und die Ernte soll trotzdem das Doppelte an Stroh und Korn liefern. Es ist ausgerechnet worden, daß durch diese Dünnsaat (die mit der Hand oder Maschinen behackt wird) allein an Saatgut 15 Millionen Zentner Brotkorn zu sparen seien. Sie zeigen nach Schätzungen für 8 Millionen Menschen aus. Wichtiger ist allerdings die Vermehrung des Ernteertrags, der durch die andern hier angedeuteten Neuerungen geschaffen werden kann.

**Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig  
Erkundigungen beim zuständigen  
Gauvorsitzer einzusehen!**

**Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der  
schädigt die Interessen der Organisation und sich  
selber, denn er hat die Folgen zu tragen!**

Wir für die Industrie so ist auch für die Landwirtschaft das Schlagwort „Rationalisierung“ geprägt worden. Zur Rationalisierung gehören in der Landwirtschaft nicht nur zweckmäßigere, billigere und mehr Maschinen und Geräte, sondern vor allem auch die Durchbringung mit fortschrittlichem Geist auf allen Gebieten landwirtschaftlicher Betätigung. Eine bessere Ausbildung der jungen Landwirte, Belehrung der älteren ist nötig. Durch verschiedene Einrichtungen soll den Landwirten neuer Geist eingehaucht und sie zu kräftigerem Willen angespolet werden. Landwirtschaftliche Fachschulen, Hochschulen, Landwirtschaftskammern, landwirtschaftliche Verbände und Mustergüter arbeiten an der Verbesserung der Ernteerträge und der Viehzucht.

Alles braucht seine Zeit; von heute auf morgen lassen sich auch in der Industrie keine umfassenden Neuerungen durchführen. In der Landwirtschaft ist es vielleicht noch etwas schwieriger, neue Erkenntnisse an den Mann zu bringen und sie erfolgreich anzuwenden. Aber die Entwicklung drängt vorwärts, und es wird ein erheblicher Gewinn sein, wenn der Unzulandsmarkt durch die größere Kaufkraft der Landwirtschaft gestärkt wird. Eine solche Stärkung wird auch den Beamten, Privatangestellten und Arbeitern zugute kommen. Unterschätzen wir die Kaufkraft der Landwirtschaft nicht! Es ist etwas an dem Volkswort: Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Der Bedarf an Maschinen und Geräten wird bei zunehmenden Ernteerträgen wachsen. Auch die Hebung der Viehzucht wird günstig auf die gesamte Volkswirtschaft einwirken. J. A. B.

## Korrespondenzen

**Berlin.** (Rotationsdrucker. — Halbjahresbericht.) Das vergangene Halbjahr war gekennzeichnet durch rege Beteiligung der Mitglieder an den Veranstaltungen der Vereinigung. Wie üblich, wurden auch in diesem Jahr unsere Sommerveranstaltungen in den Monaten Juni, Juli und August als Ausflugsoberveranstaltungen in den Ausflugsorten abgehalten, und zwar mit Familien. In der Aprilversammlung hörten wir einen Vortrag des Kollegen Emil Groß über „Die Geschichte der Reforme bis zur Rundfunkreform“. Außerdem wurde die Abschreibung vom Stiftungsfest gegeben. — Ein vorzügliches Referat wurde im Mai von Arbeitersekretär Hildesheim gehalten. Er behandelte die „Aufgaben der geschäftlichen Betriebsvertretung“. Der Vortrag fand so gute Aufnahme und lebhafteste Zustimmung, daß die Versammlung beschloß, in den Wintermonaten in einer ähnlichen Frage denselben Referenten zu hören. — Unsere Sommerausflugsvorstellungen fanden im Juni in „Sandow“ (hieran nahmen erstmalig auch die Tierbrüder teil), im Juli in Glienicke bei Hemsdorf und im August in Neu-Springendorf statt. Die Versammlung im August war eine gemeinsame mit dem Verein Berliner Drucker. In den Sommerveranstaltungen wurden nur die wichtigsten Vereinsmitteilungen bekanntgegeben. Nur die Juliversammlung in Glienicke nahm noch den Bericht vom Druckerkongress, den Kollege Croft gab, entgegen. Mit Bezug auf den „Korr.“-Bericht über den Druckerkongress kam es im Verlauf der Diskussion zu lebhaften Auseinandersetzungen über Vorgänge, die sich auf dem Kongress abgespielt hatten, zwischen Kollegen Croft und dem Vorsitzenden der Zentralkommission, Kollegen Ackermann. Die Versammlung wählte eine Untersuchungskommission, bestehend aus vier Kollegen, die der Septemberversammlung Bericht erstatten sollte. Die drei Ausflugsvorstellungen waren sämtlich gut besucht, begünstigt durch gutes Wetter, und trugen dadurch wesentlich zur Förderung der Kollegialität unter der Berliner Kollegenschaft bei. — Die erste ordentliche Versammlung mit einer größeren Tagesordnung fand im September statt und war überfüllt. Einen sehr lehrreichen Vortrag hielt Kollege Croft über: „Die Entwicklung im Rotationsmaschinenbau bis zur Reichen- oder Aggregat-Rotationsmaschine“. In Sachen Croft-Ackermann bzw. Croft-Druckerkongress nahm die Versammlung gegen drei Stimmen folgende Resolution an: „Die am 12. September 1926 tagende Versammlung der Vereinigung Berliner Rotationsdrucker erklärt nach Anhörung des stenographischen

Berichts vom letzten Druckerkongress und den Erläuterungen der Untersuchungskommission, daß der Vorsitzende Kollege Croft unser Vertrauen nach wie vor besitzt und seine Ausführungen nichts enthalten, was die Schreibweise des „Korr.“ rechtfertigen könnte.“ Ferner nahm noch die Versammlung den Bericht von der Tierbrüderversammlung entgegen. Die Tierbrüder hatten beschlossen, sich reiflos der Vereinigung der Rotationsdrucker anzuschließen bzw. beizutreten. Die Abkündigung über die Aufnahme wurde auf die Oktoberversammlung vertagt. — Am 1. r. l. ung der Schriftleitung: Die in diesem Bericht als nicht gerechtfertigt bezeichnete Schreibweise des „Korr.“ besteht darin, daß wir in dem Bericht über den Druckerkongress in Nr. 50 vom 28. Juni d. J. auf Seite 288 geschrieben hatten: „Die an diese drei Berichte sich anschließende Aussprache wurde leider wieder von dem Vorsitzenden der Berliner Rotationsdrucker zunächst durch verworrene Eigenbröteleien getrieblt, fand aber im Laufe der Debatte durch entsprechende allseitige Absuhr wieder eine andre Basis.“ Daß wegen dieser Bemerkung eine Untersuchungskommission der Berliner Rotationsdrucker eingesetzt wurde, begrüßen wir; ihre Entscheidung aber bedauern wir aufs lebhafteste. Denn wenn die Kommission nichts dagegen einzuwenden fand, daß sich der Vertreter der Berliner Rotationsdrucker auf dem Druckerkongress neben einer ganzen Reihe anderer disziplinloser Äußerungen den Ausspruch erlaube: „Druckerkongress und Verbandstag können beschließen, was sie wollen, die Berliner Rotationsdrucker machen trotzdem, was sie wollen!“, so beweist dies nur, daß wir uns in dem guten Glauben an eine härtere gewerkschaftliche Disziplin der hierfür in Betracht kommenden Kollegen innerhalb der Berliner Rotationsdrucker leider geirrt haben. Wir haben trotzdem keine Ursache, von dem in Nr. 50 Gesagten auch nur ein Wort zurückzunehmen. Aus dem in nächster Zeit zur Ausgabe gelangenden stenographischen Protokoll über den Druckerkongress wird zu entnehmen sein, daß unser Bericht gerade in diesem Punkte nur das zum Ausdruck brachte, was unbedingt gesagt werden mußte, wenn der Zweck der Spartenvereine, ihre Mitglieder u. a. auch zu tüchtigen Verbandsmitgliedern zu erziehen, nicht in sein kritisches Gegenteil umschlagen sollte.

**Donauwörth.** Am 10. Oktober fand in Günzburg a. d. D. unsere diesjährige Herbstbeiratsversammlung statt, die etwas besser hätte besucht sein können. Vorsitzender Birman (Dillingen) eröffnete die Versammlung, gab einen Bericht über die Vorkommnisse im Verbandsgebiet und berichtete schließl. über den Gantag. Es wurde beschlossen, sich um die Abhaltung des nächsten Gantags in Donauwörth zu bemühen. Der Bericht der Vertrauensleute in den einzelnen Druckerorten gab zu nennenswerten Beanstandungen keinen Anlaß. Als nächster Tagungsort wurde Dillingen gewählt. — Inzwischen waren die Kollegen von Ulm und Neumil mit Damen eingetroffen. Nach einem gemeinsamen Mittagstisch beschäftigte man die Stadt. Nachmittags versammelte man sich in den von Günzburger Kollegen hübsch geschmückten Saale des „Traubenfellers“, in dem sich bald ein echt buchdruckerisches Leben entwickelte. Kollege Birman (Dillingen) begrüßte die erschienenen Kollegen aus Ulm sowie die Prinzipale von Günzburg und gab seiner Freude Ausdruck, daß sich die Kollegen von Ulm bis Donauwörth zusammengefunden hätten. Der Vorsitzende von Ulm, Kollege Hoff, hielt die Festrede. Er schilderte die Tätigkeit des Verbandes von seiner Gründung bis heute; seine Einrichtungen und das Unterstützungsweien. Sein Hoch auf den Verband wurde von den Anwesenden begeistert aufgenommen. Die größtenteils aus Kollegen bestehende Kapelle Sorsch (Donauwörth) hatte den musikalischen Teil übernommen und ersterte für ihre wirklich anerkanntwertigen Leistungen großen Beifall. Liedervorträge wechselten mit humoristischen Vorträgen zum Teil auf unsern Bezug nehmenden Inhalts ab. Wobei namentlich die Donauwörther Kollegen Vortragsfähiges leisteten. Kurz, es waren Stunden, an die sich alle Teilnehmer noch recht lange freudig erinnern werden. Nur allzu rasch verfloßen die Stunden. Den Ulmer Kollegen rufen wir aber zu „Auf baldiges Wiedersehen!“

**Halberstadt.** (Beiratsjahresbericht.) Unsr Versammlung am 17. Juli hatte eine reichhaltige Tagesordnung und nur einen mäßigen Besuch aufzuweisen. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete der Verbandstagsbericht des Kollegen Pieckner (Magdeburg), an den sich eine äußerst rege Diskussion anschloß, worin von allen Rednern auf die Unzulänglichkeit der Unterstützungsätze hingewiesen wurde. Der Rassenbericht ergab ein Gesamtvermögen von 982,66 M. — Am 7. August feierte der Ortsverein in den Sälen des „Schützenwals“ das 60jährige Verbandsjubäum. Vorsitzender Bohn hielt die Festrede, der sich die Ehrgung der Kollegen Appel und Marquardt anschloß, die dem Verbands 25 Jahre angehörten. Den erwerbslosen Kollegen wurde eine Extrapende von 20 M. für die Verheirateten und 15 M. für die ledigen überreicht. Konzert, Gesang, erste und weitere Vorträge und Tanz hielten die Teilnehmer bis zum frühen Morgen in guter Stimmung zusammen. — Die Versammlung am 2. Oktober hatte einen besseren Besuch aufzuweisen. Den streitenden englischen Bergarbeitern wurde ein Betrag aus der Ortskasse nachbewilligt. Der Ausbau der Bülbergelände Gutenberg soll gefördert und durch Vereinfachung der Kassierung sollen mehr Mitglieder gewonnen werden. Ein Antrag aus der Mitgliedschaft forderte die Gründung einer Ortsgruppe des Bildungsverbandes, zu welchem Zwecke drei Kollegen gewählt wurden, die dieses Vorhaben einleiten sollten. Ein einstimmig angenommener Beschluß befaßte sich mit der Befestigung von Mißständen bei der Krankmeldung beim Kassieren.

**Kempten i. Allgäu.** Unsr Beiratsversammlung am 10. Oktober in dem herrlich gelegenen Bezirksorte Weiter war von Kollegen sämtlicher Bezirksorte besucht. Ein feinspinner Vortrag, gehalten von dem Kreisvorsitzenden Gemberbecherer Ditzschneider (München) hatte sicher viele Kollegen trotz des schlechten Wetters angezogen. Sie erlebten auch keine Enttäuschung. Eine große Ausstellung von Drucksaften, durchweg Briefköpfe, nahm die Wandlung des ganzen Saales ein. In sehr verständlichem und mit Humor durchwirktem Vortrage verstand es der Re-



ferent, die einzelnen Arbeiten zu besprechen. Größte Aufmerksamkeit und eifrigste Beschäftigung der Ausstellung dankten dem Referenten. Die Berichte der Bezirksorte waren zufriedenstellend. Die Konjunktur ist im Durchschnitt gut und es erfolgt durchweg Bezahlung über Minimum. Ein Extrabeitrag zum Bezirksbeitrag zur Unterstützung durchreisender Kollegen wurde eingeführt. Nach Einnahme des gemeinsamen Mittagsstüchtes erfolgte eine Besichtigung der in ein neuerbautes Heim verlegten Druckerlei der Firma Holzger. Die Zeitung übernahm in dankenswerter Weise der dortige Faktor, Kollege Rißinger. Später vereinigte man sich noch zu acht kollegialen Besammenfein.

**Neustadt a. d. S.** Mit dem Buchdruckerfängerpruch und einem fleischen Lied leitete der Gefangverein „Gutenberg“ (Neustadt a. d. S.) die Bezirksversammlung am 10. Oktober in Bad Dürkheim ein. Nach Begrüßungsworten des Kollegen Reinwald (Neustadt) und Dürr (Dürkheim) gab der tüchtige Kassierer Magere den Kassierbericht vom zweiten Quartal. Den Halbjahrsbericht erstattete Kollege Reinwald. Er hob besonders das gute Zusammenarbeiten der einzelnen Ortsvereine seit der neuen Beitragsenteilung hervor. Auch über die Verhältnisse bei der Firma Rheinberger in Bad Dürkheim berichtete er ausführlich. Reichen Beifall erntete das Gauvorstandsmitglied Kollege Pfeiffinger (Ludwigsbäsen) mit seinem Vortrag: „Gewerkschaftliche Streizüge durch unsere Organisation“. Der Redner verstand es meisterhaft, die Kollegen in seinem Vortrag durch neue Momente zu fesseln. Er gab einen Rückblick über die gute Konjunktur im graphischen Gewerbe im vergangenen Jahr und bemängelte sehr die Überstundenarbeit, die damals von den Kollegen geleistet wurde. Sehr abfällig äußerte sich Pfeiffinger über die Kartellwirtschaft in Deutschland, die die Waren verteuert. Auch die „hohen“ Buchdruckerlöhne wurden unter die Lupe genommen. Der Redner rühmte auch die erprobte Arbeit der Bezirke unseres Gauces seit der neuen Bezirkseinteilung und gab einen Überblick über die organisatorischen Vorteile dieser Neuerteilung und freute hierbei die Tätigkeit des Gauvorstandes im letzten Halbjahr. Zum Schluß schloß er noch verschiedene tarifwichtige Vorwünsche in kleinen und größeren Druckereibetrieben der Pfalz und ermahnte die Kollegen in den einzelnen Betrieben auf streng tarifliche Verhältnisse zu achten. Nur eine einzige Kollegenchaft könnte den systematischen Vorstoß der Prinzipale gegen unreine Lohn- und Arbeitsbedingungen abwehren. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden wiederum die Zustände bei der Firma Rheinberger in Bad Dürkheim und die letzten Ergebnisse dortselbst ausgiebig behandelt. Ein Antrag der Dürkheimer Kollegen auf finanzielle Unterstützung wegen des Lohnausfalls der zwei Streiktage wurde von der Versammlung angenommen und die Summe von 100 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Gegen 1 Uhr mittags schloß Kollege Reinwald die sehr anregende Versammlung und äußert gut besuchte Versammlung. — Nach dem gemeinsamen Mittagessen wurde ein Spaziergang nach der Limburg unternommen.

**Boisdam.** Nach Beschäftigung sämtlicher Räume unseres Verbandshauses versammelten sich alle anwesenden Kollegen im Konferenzsaal, wo uns ein Vorstandsmitglied begrüßte und noch nähere Erklärungen über die Einrichtung und den Bau des schönen Hauses gab. Von hier aus begaben sich die Mitglieder nach dem Berliner „Gewerkschaftshaus“ zur Abhaltung der Herbstbezirksversammlung am 11. u. 12. Oktober. Die Kasse wurde um 11 Uhr die ausgedehnte Versammlung. Der Gefangverein „Gutenberg“ sang zwei Lieder. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen freiließte der Vorliegende noch einige Punkte zum Verbandsrat. Der Bericht vom Gattung erlärte sich, da fast alle Orte selbst dort vertreten waren. Unser Referent, Kollege Schaeffer („Korr.“-Redakteur), betriebligte Johann voll und ganz die Führer mit seinem Vortrag: „Unser Ziel und unser Weg“. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt, da keine Wortmeldungen vorlagen. Hierauf gab der Vorliegende zu wissen, daß vielfach die Lehrlingskata überfritten wurde; er bat jeden Kollegen, streng darauf zu achten und gegebenenfalls sofort Mitteilung zu machen. Die Bezirksleiterdetaile ist infolge Gründung der Gauleiterstelle aufgelöst worden. Dem Kassierer D. Hillertich wurde für seine korrekte Kassierführung Entlastung erteilt. Das Jahrgeld zu den Lehrlingsstagnungen wird von der Bezirkskasse getragen. Die nächste Versammlung findet in Strausberg statt.

**Stendal.** Am 10. Oktober fand hier unsere Herbstbezirksversammlung statt. Daran nahmen auch die Bezirksabteilungen des Bezirkes teil. Vertreten waren außer Stendal die Orte Salzwedel, Tangemünde, Gardelegen, Osterburg, Bismark, nicht vertreten waren die Orte Seehausen und Köge. Die Berichte aus den Bezirken ergaben, daß überall, abgesehen von kleinen Unebenheiten, tarifliche Verhältnisse herrschen. Kollege Schmidt (Berlin), Vizepräsident des Vorstands, hielt ein Referat über „Gewerkschaftliche Tagesfragen“, das sehr beifällig aufgenommen wurde. Dann wurde der Beschluß gefaßt, im Frühjahr eine gemeinsame Beschäftigung des Verbandshauses in Berlin vorzunehmen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und Aufnahme eines Mitgliedes schloß Vorsitzender Zügeleit, indem er die Kollegen und insbesondere die Lehrlinge ermahnte, aus dem Gebieten die rechte Anknüpfung zu ziehen, die sehr gut besuchte Versammlung. — Ein gemüthliches Besammenfein hielt die Kollegen bis zur Abfahrt der Züge beisammen, während den Lehrlingen die Sehenswürdigkeiten Stendals gezeigt wurden.

**Tilfit.** Am 10. Oktober fand in Stallupönen eine Bezirksversammlung des Agitationsbezirks Tilfit statt, die abgesehen von einigen kleineren Orten, sehr gut besucht war. Vom Gauvorstand war Kollege Krakau erschienen. Bezirksvorsitzender Szage eröffnete die Versammlung, nachdem die Gesangsabteilung des „Bereins Gutenbergs Tilfit“ ein Begrüßungslied vorgetragen und Kollege Wendert (Stallupönen) die erschienenen Kollegen an Orte herzlich begrüßt hatte. Nach Erledigung einiger Mitteilungen konnte zum Hauptpunkt der Tagesordnung geföhrt werden: „Bericht vom Verbandsrat“. Das Referat hielt Kollege Szage, der es als Teilnehmer am Verbandsstages aus-

gezeichnet verstand, in seinen Ausführungen den Kollegen noch manches Wissenswertes zu sagen. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte er die Kollegen, vor allem die jüngeren Generation, treu zur Fahne des Verbandes zu halten und an seinem weiteren Ausbau und seiner Befestigung auch im fernem Osten mitzuwirken. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Nach zwei weiteren Gesangsbeiträgen wurde die Diskussion eröffnet, bei welcher nur einige Aufführungen verlangt wurden. Es folgten noch einige Anfragen von Seiten verschiedener Ortsvereine, die vom Kollegen Krakau und Kollegen Szage beantwortet wurden. — Bis zum Abgang der Züge blieben die Kollegen bei Gesangs- sowie andern Vorträgen noch einige Stunden gemüthlich beisammen.

### Allgemeine Rundschau

#### Otto Dähnelt

Aus Chemnitz wurde uns die Trauerkunde übermittlelt, daß dort am 8. November Kollege Otto Dähnelt, der langjährige Verwalter des Gauces Erzgebirge-Bohland, nach schwerem Leiden im 64. Lebensjahre verstorben ist. Ein wochenlanges Ringen mit dem Allbezüglichen Tod war der Auflösung vorausgegangen. Nun steht die Kollegenchaft des sächsischen Gauces und untrer Gesamtorganisation an der Bahre eines Mannes, dessen Name uns verknüpft ist mit der organisatorischen und tariflichen Entwicklung des Erzgebirges und des Bohlandes. Besonders steinigen Boden für Organisation und Tarif galt es in diesen Landstrichen zu bebauen, ehe dort der heutige günstige Stand unserer Bewegung erreicht wurde. Otto Dähnelt's reiche Verdienste um die Entwicklung des Gauces Erzgebirge-Bohland sind zu offensichtlich, als daß sie verkannt werden könnten. 37 Jahre hat er seine besten Kräfte in den Dienst des Gauces gestellt, zunächst ehrenamtlich und seit dem 1. Juli 1908 als Gauverwalter. Auch der allgemeinen Arbeiterbewegung hat er treu gedient. Allzu früh setzte der Tod dem unermüdeten Wirken Dähnelt's ein Ziel; ein aufrichtiger, lebenswürdiger Kollege ging mit ihm dahin. Sein Scheiden bedeutet insbesondere für den Gau Erzgebirge-Bohland einen schweren Verlust, dessen Mitglieder das erfolgreiche Wirken ihres ersten Gauverwalters sicherlich nie vergessen werden. Untrer Gesamtorganisation aber verliert im Kollegen Dähnelt wiederum einen von denen, die durch unermüdetes, jähres Schaffen in einem schwierigen Wirkungsgebiet das Banner des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vorangebracht haben. Sein Gedächtnis bleibt in Ehren!

**Geselliger Geburtsstag.** Erst nachträglich erfahren wir, daß Kollege Friedrich Kunkler, der Vorbesitzer des Gauces Hamburg-Altona, am 7. November sein sechzigstes Lebensjahr vollendet. Er ist einer untrer bekanntesten Verbandsfunktionäre. Als eine in sich gefestigte Persönlichkeit mit geradem, aufrichtigem Charakter genießt Kollege Kunkler nicht bloß bei seinen Hamburger Berufsgenossen Ansehen und Hochachtung, sondern weit darüber hinaus. Seit Mitte 1907 war er als Gauassessor tätig, bis ihn nach Wilhelm Dreiers Tode im Januar 1918 das Vertrauen der Hamburger Kollegenchaft an die Spitze des Gauces berief. In den juristisch-legenden trübten Zeiten hat Kollege Kunkler an der Lösung der schweren Aufgaben organisatorischer und tariflicher Art, vor die sich untrer Organisation gestellt sah, hervorragend mitgewirkt. Möge es ihm vergönnt sein, in gleicher geistiger und körperlicher Frische wie bisher seinen Berufsgenossen sowohl als auch der allgemeinen Arbeiterbewegung noch viele Jahre ein zuverlässiger Führer und bewährter Berater zu bleiben. In diesem Betracht unsern Mitstreiter Glückwunsch und Gruß!

**Rundsendungen für Befehlsvereine.** Die Hauptstelle für Befehlsangelegenheiten im Verbandsvorstande steht sich zu folgender Bekanntgabe genötigt: Es sind jetzt so viele Rundsendungen unterwegs, und weitere werden folgen, daß ein ordnungsmäßiger Geschäftsgang nur unter Beachtung der folgenden Bestimmungen möglich ist: Die Sendung kommt postgebetel an und muß ebenso an die aufgegebenen Adressen weitergebetelt werden. Legt der Sendung keine neue Adressen bei, so bleibt sie so lange im Besitz des Empfängers, bis die Hauptstelle eine neue Adressen aufgibt. Am jederzeit nachprüfen zu können, wo sich die einzelnen Sendungen befinden, ist es nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht bloß empfehlenswert, sondern zwingend notwendig, daß der Empfang und die Weiterleitung der Sendungen der Hauptstelle angezeigt werden. Befehlsleiter, die dieser notwendig gewordenen Anordnung nicht nachkommen, müssen künftig von der Befehlsleitung mit Rundsendungen durch die Hauptstelle ausgeschlossen bleiben.

**Abendie der Arbeit in Frankfurt a. M.** Am 1. Oktober dieses Jahres ist der letzte Lehrgang der Akademie der Arbeit eröffnet worden. Der Lehrgang, der bis zum 30. Juni 1927 dauern wird, ist von insgesamt 78 Hörern besucht, unter denen sich fünf Verbandskollegen befinden. Auch an der Heilmoltshochschule Linz bei Wera und an der Dillsholzer Wirtschaftsschule sind drei unserer Mitglieder als Hörer eingeschrieben. Von sämtlichen bisher abgehaltenen Lehrgängen der Akademie der Arbeit weist der gegenwärtige Lehrgang die größte Teilnehmerzahl auf.

**Wähler von Nidel.** Unter dieser Überschrift brachte der „Vorwärts“ folgende Notiz, deren Richtigkeit wir allerdings nicht nachprüfen können: Eblson, der jetzt 79 Jahre alt ist, meint, daß er noch immer nicht genug erfunden hat.

Unter den befangenen Veränderungen, die er zukünftig erwartet, rechnet er auch den Ersatz des Papiers durch dünne Lagen von Nidel: Eblson glaubt nämlich, daß es möglich sei, ein Blatt aus Nidel, das noch dünner sei wie Seidenpapier, herzustellen, und daß dieses Blatt billiger, stärker und stabiler sei als solches aus Papier. Ein Buch von solchen Nidelblättern könnte 40 000 Blätter fassen und sei dann nur ein Pfund schwer.

**Unternehmerkreise gegen Silberberg.** Wir wissen uns frei von einer kritiklosen Überhöhung der Rede Dr. Silberbergs, die dieser auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie vor kurzem gehalten hat. Aber wir gehören auch nicht zu denen, die jene Rede lebhaft als Schlafpulver für die Arbeiterchaft stigmatisieren. Das klingt zwar recht radikal, aber dennoch ist es nur eine oberflächliche Beurteilung der für einen deutschen Großindustriellen doch immerhin sehr bemerkenswerten Ausführungen. Die heftigen Proteste aus Unternehmerkreisen, die die Silberbergsche Rede ausgelöst hat, müßten doch zu denken geben. Unter andern Schafsmachern hat das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Generaldirektor Dr. Horst an die Vereiningung Deutscher Arbeitgeberverbände und an den Reichsverband der deutschen Industrie Schreiben gerichtet, worin er die Ausführungen Silberbergs als unerbötigt bezeichnet und vor allem dagegen protestiert, daß Silberberg es gewagt habe, die deutsche Arbeiterchaft mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zu identifizieren. In geschäftiger Weise richtete er seine Angriffe auch gegen diejenigen Wendungen Silberbergs, die die Verdienste eines Englen und Ebert um den deutschen Staat und die Wirtschaft hervorhoben. Diese Einstellung Horsts zu den freien Gewerkschaften bedarf sich weitgehend mit dem, was der Schwerindustrie Dr. Reichert in Dresden und auch bei andern Anlässen unter Zustimmung seiner deutschnationalen Freunde gegen Silberberg eingewandt hat. Um nun der Opposition gegen Silberberg noch stärkeren Ausdruck zu verleihen, ist Dr. Horst mit genehmigungswahrenden nationalistischen Unternehmern und Professoren sowie Führern der Gelben am 6. November dazu übergegangen, eine „Gesellschaft für deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik“ zu gründen. Daß es sich dabei lediglich um eine gelbe Unternehmergründung gegen Gewerkschaften und Sozialpolitik und um eine Oppositionsgründung gegen die von Silberberg vertretenen Tendenzen handelt, ging schon aus der Gründungsanfrage Dr. Horsts mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor. Er führte u. a. aus, daß die Gewerkschaften an Bedeutung verloren hätten, weil sie dem Arbeiter nicht mehr so viel wert seien wie früher. Die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern seien nicht weltanschaulicher Art, sondern nur solche des Vertragsverhältnisses und könnten deshalb überbrückt werden. Durch die Gefährdung nach der Revolution seien den Gewerkschaften zu viel Rechte eingeräumt worden, wodurch sich in der Öffentlichkeit die irrtümliche Meinung von einem natürlichen Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern festgesetzt habe, und nur deshalb würden die Gewerkschaften als selbstverständliche Bezeichnung der Arbeiterchaft angesehen. Nach demüthlicher wurde Dr. Horst, als er schließlich das einzige Ergebnis der Silberbergschen Rede sei, daß man jetzt in der gesamten Wirtschaft die Auffassung des Generaldirektors Wöglers teile, man habe sich in der Arbeiterfrage festgesetzt. Es komme jetzt darauf an, wissenschaftlich zu beweisen, daß eine Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehe. Die Studien müßten mit der Idee der Werksgemeinschaft erfüllt werden, man müsse die Öffentlichkeit in wirtschaftsfriedlichen Sinne aufklären, und zwar dadurch, daß man der Idee der Werksgemeinschaft geführgerechten Ausdruck verleihen, das Monopol der Gewerkschaften brechen. In dieser Richtung bewegten sich auch die Satzbereiten der übrigen Gründungsbestimmten. Die Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß die Bäume der Unternehmerrhetorik nicht in dem Himmel wachsen.

**Eine Novelle zur Gewerbeordnung.** Nachdem die Arbeiten an dem Entwurf einer Reichshandwerksordnung im Einvernehmen mit der Spitzenvertretung des Handwerks vorläufig zurückgestellt worden sind, ist in Aussicht genommen, einige dringliche Fragen durch eine Novelle zur Gewerbeordnung vorweg zu erledigen. Der Referententwurf zu der Novelle ist bereits fertiggestellt. Die Novelle sieht insbesondere die Neugestaltung des Nachbrotzins zu den Handwerkskammern vor. Nach dem Entwurf sollen sie künftig von allen selbständigen Handwerkern gewählt werden. Die Novelle beabsichtigt ferner die Einführung einer von den Handwerkskammern geföhrtten Handwerkerliste, in die alle diejenigen Gewerbetreibenden eingetragen werden sollen, die selbständig ein Handwerk ausüben. Diese Liste soll ferner die Abgrenzung zwischen Handwerk und Industrie erleichtern. Dieser Abgrenzung dient auch die vorgesehene Regelung eines Verfahrens zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Zugehörigkeit von Gewerbetreibenden zur Berufsvertretung von Handwerk oder von Industrie und Handel. Die Novelle stellt u. a. endlich fest, daß juristische Personen, die ein Handwerk betreiben, zu den Organisationen des Handwerks gehören. Diese Frage ist noch geltendem Recht bisher teilweise noch bestritten.

**Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** In namentlicher Abstimmung nahm der Reichstag am 8. November einen sozialdemokratischen Antrag auf 30prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für die Hauptunterstützungsempfänger und auf 20prozentige Erhöhung der Familienzuschläge an. Daffir stimmten aus tatlichen Gründen, d. h. um der Regierung Marx Schwierigkeiten zu bereiten, auch die deutschnationalen Abgeordneten, die sonst für die Erwerbslosen keinen Fennig übrig haben. Daraufhin wurden von der Reichsregierung auf dem Verordnungsweg die höchsten der Erwerbslosenfürsorge anderweit geregelt. Die Erhöhung beträgt danach für Erwerbslose, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines andern angehören, 15 Proz., für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger 10 Proz. Ferner wurde die obere Grenze für die Erwerbslosenunterstützung infolten erweitert, daß auch für das vierte Kind (von fünfsten Familienangehörigen) der Familienzuschlag voll gezahlt wird. Die Anordnung gilt bis zum 31. März 1927.

Gestorben

In Breslau am 3. November der Seberinvalide Oskar ... In Frankfurt a. M. der Buchdruckerbesitzer Friedrich ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüreau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Ostendelbe Nr. 1101 3141 3145. Hauptkonto: Bank der ...

Adressenveränderungen

Reinhold, Vorsteher: Leo Fleiß, Weinbergstraße 31; Kallierer: Karl E. v. ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die betreffige Adresse): Am Gau für den Korrektor Otto Jacob ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Stein, Der Seber Franz Schöla, geb. im Volkow in Pommeran am 7. November 1864, gibt an, daß ihm auf dem Bahnhoff ...

Veranstaltungskalender

Darmen, V e r s a m m l u n g Sonnabend, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel Ester, ...

Erweit. V e r s a m m l u n g Dienstag, den 16. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ ...

Abrechnung der Verbandskasse über das 3. Quartal 1926

Die Einnahmen und Ausgaben in den Gauen beziehen sich auf die Monate April, Mai, Juni 1926.

Table with columns for Einnahmen (Einkassenertrag, Einnahme aus dem Gau) and Ausgaben (Verwaltung, Verbandsausbau) for the 3rd quarter 1926.

Table showing financial statements for the Gau on 30. September 1926, including assets (Kassenkonto, Bankkonten) and liabilities (Kontokorrentkonto, Hypothekendarlehen).

Briefkasten
H. V. und G. V.: Die Verwechslung liegt bei dem Schriftführer. Vom Berliner Gauverband war also in der Herbstversammlung ...

Anzeigengebühren: die Nebengebüllene Nonpareillezeile 20 Pfennige für die Vereine, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und für Codesanzeigen; sonstige Anzeigen 80 Pfennige. Rabatt wird auf diese Preise nicht gewährt.

Advertisement for Verein Berliner Drucker (VBD) featuring a gear icon and text about membership and meetings.

Advertisement for Züchtiger Galvanoplastiker and other technical services, listing contact information and services.

Advertisement for Drüberein Erfurt and Bücherschränke, including details about bookshelves and local events.

Advertisement for Reparaturen, Ersatzteile, Werkzeuge, highlighting quality and prices for printing equipment.

Advertisement for Sehermittel and Schriftseker, offering various optical and printing services.

Advertisement for Neulieber Alpa and Simon Stiegeler, featuring knives and other tools.

Advertisement for Schriftseker and Stereotypen, providing information on typesetting and printing services.

Advertisement for Schweinefleisch and other food products, listing prices and contact details.

Advertisement for Gau Erzegebirge-Bogtland, featuring a portrait of Otto Dähnel and text about the association.